

Fünf vor acht / 70 Jahre Volksrepublik China

Wie China Europa herausfordert

Eine Kolumne von Steffen Richter [https://www.zeit.de/autoren/R/Steffen_Richter/index.xml]

China ist zur Wirtschaftsmacht aufgestiegen, aber eine Diktatur geblieben. Das ist kein Grund für Angst, fordert aber Umdenken im Westen.

1. Oktober 2019, 6:27 Uhr / [172 Kommentare](#)

Wenn Chinas Kommunisten am 1. Oktober Chinas 70. Gründungsjahrestag feiern, wird es besonders viel um die Leistungen der seit 1949 herrschenden Kommunistischen Partei Chinas (KP) gehen [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/china-nationalismus-kommunistische-partei-70-jahre-volksrepublik>]. Ihr Parteichef Xi Jinping hat dafür um sich einen an Mao Zedong erinnernden Personenkult aufgebaut. Xi wird die Feiertagsparaden anführen und an eine glorreiche kommunistische Vergangenheit erinnern.

Dabei hat Chinas Bevölkerung unter der KP seit 1949 in relativ kurzer Zeit zahlreiche Extreme hinnehmen müssen. Nach einer ersten wirtschaftlichen Konsolidierung versuchte Mao Zedong China mit dem "Großen Sprung nach vorn" zu industrialisieren, was misslang und wahrscheinlich 30 Millionen Menschen den Tod brachte. Später zettelte Mao im Machtkampf mit anderen Top-Kadern die Kulturrevolution an, die großes Unglück über das Land brachte und auch Menschenleben kostete.

Ende der Siebzigerjahre war China daher zurückentwickelt und arm. Ihr neuer Anführer, der von Mao geschasste Deng Xiaoping, öffnete das Land wirtschaftlich zum Westen hin. Dort setzte sich der Glaube durch, China würde durch immer mehr Marktwirtschaft ein zunehmend liberaler Staat werden. Erst recht seit China 2001 in die WTO aufgenommen wurde, was dem Land die Erschließung von Exportmärkten möglich machte. Seither hat China eine rasante wirtschaftliche Entwicklung genommen, heute gibt es eine große Mittelschicht, es gibt Schnellzüge, Autobahnen und moderne Städte.

Marktwirtschaft bedeutet nicht liberal

Doch die Idee, dass "Wandel durch Handel" in Chinas KP greift, war ein riesengroßer Irrtum [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/china-nationaler-volkskongress-kommunistische-partei-diktatur-demokratie-usa-europa>]. Die Partei fährt heute einen autoritären Staatskapitalismus, der bereits als Konkurrenzmodell zu demokratischen Marktwirtschaften gehandelt wird. Das macht manchem im Westen – aus guten Gründen – Angst. In China werden Menschenrechte missachtet, es gibt weder Presse- noch Meinungsfreiheit, zivilgesellschaftliches Engagement wird verfolgt, Religion unterdrückt. Im nordwestlichen Xinjiang wurden zuletzt mehr als eine Million Uiguren und Kasachen in Umerziehungslagern inhaftiert.

Und die KP geht auch offensiv nach außen: Inzwischen eröffnet Chinas Militär in Afrika und Asien die ersten Stützpunkte, das Südchinesische Meer beansprucht die Führung annähernd

komplett und hat dort zahlreiche militärisch genutzte Kunstinseln errichtet. Über die Infrastrukturinitiative "Neue Seidenstraße" baut die KP ihren Einfluss in der Welt aus [<https://www.zeit.de/2018/42/neue-seidenstrasse-china-milliarden-flughafen-zugstrecken>]. Und mit der neuen Wirtschaftskraft werden anderen Staaten und Unternehmen Bedingungen diktiert, auch politische, wie man gerade im Hongkongkonflikt deutlich erkennt.

Im Land selbst ist die immer stärkere Zentralisierung von Macht bemerkenswert. Parteichef Xi Jinping hat die Kontrolle des Staates so weit wie möglich in die Partei geholt. Spezielle Parteikommissionen leiten jetzt die wichtigen Ressorts in Politik und Wirtschaft. Die Zentralisierung soll die Macht der KP erhalten. Die fast 90 Millionen KP-Kader werden regelmäßig eingeschworen. Xi Jinping strebt nach größtmöglicher Kontrolle mit ihm an der Spitze. Bisweilen fühlt man sich an China in den Sechzigerjahren erinnert: viel Propaganda (oft sehr plump), viel ideologische Schulungen (selbst für Manager) und vor allem: sehr viel Überwachung und Kontrolle, was im ostasiatischen Riesenreich nicht einfach ist, heute aber mit Kameras und vernetzten Rechnern digital umgesetzt werden soll [<https://www.zeit.de/digital/datenschutz/2017-11/china-social-credit-system-buergerbewertung>].

Digitale Überwachung wird ein Problem

Das alles ist aus westlicher Perspektive verstörend, denn China ist ja gleichzeitig ein extrem wichtiger Wirtschaftspartner geworden. Wie also damit umgehen?

Das Wichtigste ist, mit einheitlicher Stimme gegenüber dem chinesischen Parteienstaat aufzutreten. Allerdings versucht Peking unter den EU-Staaten Unfrieden zu stiften, indem es das eigene Europaformat 16+1 gegründet hat.

Es kommt auch darauf an, die USA mit im Boot zu haben. Keine leichte Aufgabe mit einem Präsidenten wie Donald Trump, der die Europäer gar nicht als Verbündete sieht und seinen eigenen Handelskrieg mit China führt [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-09/handelskrieg-usa-china-verhandlungen-gespraech>]. Doch Trump wird irgendwann wieder verschwinden, dafür sorgen Wahlen und das politische System. Demokratien wie die USA verfügen noch über gewisse systemische Selbstheilungskräfte.

Angst vor China muss man also nicht haben, solange ein Mindestmaß an Solidarität unter den demokratischen Marktwirtschaften vorhanden ist.

Sorgen bereiten sollte aber die in China geplante Kontrolle von Menschen mit Methoden der Künstlichen Intelligenz [<https://www.zeit.de/2017/49/china-datenspeicherung-gesichtserkennung-big-data-ueberwachung>]. Das ist brandgefährlich, denn Chinas Systeme werden auch ins Ausland gelangen. Die Technik gibt es heute schon bei uns, Kameras hängen in unseren Städten reichlich.

Dass man sie verbinden und mit anderen Datensätzen verknüpfen kann – darüber wird im Westen zu wenig diskutiert. In China ist man da weiter und bereits mit der praktischen Umsetzung beschäftigt, auch wenn vieles noch in Erprobung sein soll. Im bereits erwähnten Xinjiang ist man am weitesten. Dort wird die Bevölkerung bereits mit Kameras erfasst und kontrolliert.

Der Feiertag am 1. Oktober sollte uns deutlich machen, dass wir uns in unserem Verhältnis zu China über ein paar Dinge klar werden müssen. Das gilt auch bei der digitalen Überwachung. Und wir sollten sehr vorsichtig sein im Umgang mit dem KP-Staat – denn mit Diktaturen ist nicht zu spaßen.